

DIE GRÜNEN

Ökologisch • sozial • basisdemokratisch • gewaltfrei

OSTERMARSCH 1983

Die Geschichte der Friedensbewegung und der Ostermärsche reicht in der Bundesrepublik bis an den Anfang der fünfziger Jahre zurück. Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik ist eine breit gefächerte Bewegung, die um eine friedensfördernde Bewusstseinsveränderung der Menschen in Ost und West ringt.

Getragen von der Überzeugung, die ALBERT EINSTEIN bereits 1955 formuliert hat, daß ... "wer nicht die Möglichkeit der Erzielung eines dauernden und gesicherten Friedens glaubt, oder nicht den Ernst hat (z. B. durch eine friedliche Beteiligung an einem der über 90 Ostermärsche in der Bundesrepublik), entsprechend zu handeln, ist zum Untergang" ist, hatte der Arbeitskreis Frieden mit Friedensinitiativen aus Frielendorf, Gunsberg, Homberg und Borken den Ostermarsch 1983 organisiert.

Zusammen mit HUNDERTTAUSENDEN von Ostermarschierern in der Bundesrepublik, die in diesem Jahr zu Ostern, am Fest des Friedens und der Hoffnung, aus dem ganzen Land zu den verschiedensten Veranstaltungen zusammenkamen, fordert(e) DER ARBEITSKREIS FRIEDEN FRITZLAR:

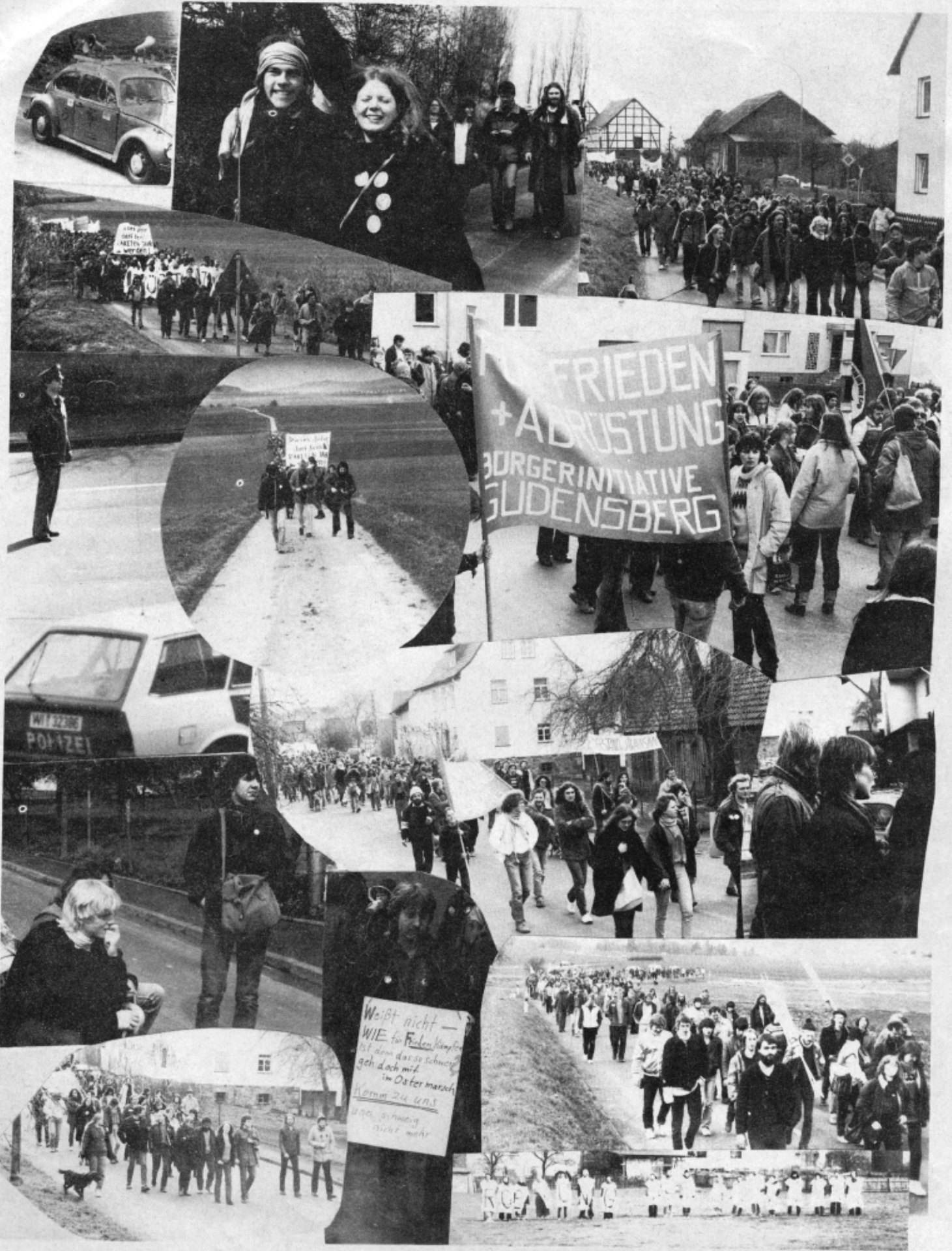


- KEINE STATIONIERUNG VON PERSHING 2 - RAKETEN, MARSCHFLUGKÖRPERN UND NEUTRONENBOMBEN !
- KEINE LAGERUNG VON CHEMISCHEN UND BIOLOGISCHEN WAFFEN IN DER BUNDESREPUBLIK !
- SCHAFFUNG VON ATOMWAFFENFREIEN ZONEN MIT DEM ZIEL EINES ATOMWAFFENFREIEN EUROPASI
- SCHRITTWEISE SENKUNG DES RÜSTUNGS- ETATS ZUGUNSTEN DER LÖSUNG SOZIALER PROBLEME DER "DRITTEN WELT" UND BEI UNS!
- VERNICHTUNG ALLER ATOMAREN, CHEMISCHEN, BIOLOGISCHEN UND KONVENTI- ONNELLEN MASSESVERNICHTUNGSWAFFEN IN OST UND WEST !

Insgesamt über 400 Bürger aus Fritzlär und dem Schwalm-Eder-Kreis demonstrierten auf dem Ostermarsch, der durch Fritzlär, Geismar, Züschchen und Haddamar führte, für den Weltfrieden und gaben ihrer Furcht Ausdruck vor zusätzlicher Stationierung von neuen Mittelstreckenraketen, Marschflugkörpern und Neutronenbomben, vor einem weiteren Aufrüsten in OST und WEST, das unser Land zu einem atomaren Schlachtfeld werden lassen kann!



1983 darf kein Raketenjahr werden!



FRIEDEN
+ ABRÜSTUNG
BÜRGERINITIATIVE
GUDENSBERG

Weißt nicht -
WIE für Frieden kämpfen
ist denn das so schwierig
geh doch mit
im Ostermarsch
Komm zu uns
das schwierig
nicht mehr

WIPZEE
POLIZEI

Volkszählung

STADT FRITZLAR MISACHTET RECHT AUF ÖFFENTLICHKEITSARBEIT- VERBOT DES AUFSTELLENS VON PLAKATSTÄNDERN

Der Magistrat der Stadt Fritzlär hat den GRÜNEN-FRITZLAR die Aufstellung von Plakatständern bis einschl. 28. April 1983 im Stadtgebiet Fritzlär untersagt. Während dieser Zeit sollte auf den Plakatständern über die geplante "Volkzählung" informiert und für eine öffentliche Veranstaltung zu diesem Thema geworben werden. Die Stadt Fritzlär begründete diese Entscheidung wie folgt:

"BEGRÜNDUNG:

Die Stadt Fritzlär ist vertraglich an das Kurhessische Plakat-Institut H. Dörr, Marburg .. gebunden. Das gesamte öffentliche Anschlagwesen in der Stadt Fritzlär wurde dieser Firma übertragen. Einem Dritten darf die Stadt Fritzlär die Genehmigung zur Ausnutzung des öffentlichen Plakatschlags nicht erteilen. Wir müssen ... einheimische und auswärtige Unternehmer auf die Benutzung der Anschlagstellen verweisen."

Das Recht des einzelnen auf freie Meinungsäußerung sowie das Recht der Parteien auf freie politische Betätigung wird durch derartige Regelungen in grundgesetzwidriger Weise eingeschränkt und behindert. Gerade im Bereich der politischen Willensbildung ist die Information der politischen Parteien auf eigenen Werbeträgern üblich.



In der Begründung heißt es weiter:

"Ausnahmen werden lediglich im Wahlkampf den Parteien gewährt, zuletzt auch dem ARBEITSKREIS FRIEDEN FRITZLAR, deren Grundabsicht sich niemand widersetzen kann.

DIE GRÜNEN-FRITZLAR beabsichtigen aber, ... mit Plakaten gegen die gesetzlich angeordnete Volkzählung zu demonstrieren und zum Boykott aufzurufen. Damit handeln Sie rechtswidrig."

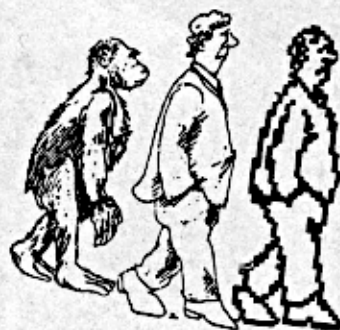
Aus dieser Begründung schließen wir, daß sich der Bürger der Grundabsicht der GRÜNEN widersetzen muß, wenn er sich nicht den Vorwurf des rechtswidrigen Handelns gefallen lassen will. Dies bedeutet jedoch nichts anderes, als viele Millionen Bundesbürger zu kriminalisieren, die kritisch ge-

gegenüber dieser Volkzählung eingestellt sind. Darüberhinaus ist für den Magistrat der Stadt Fritzlär die bloße Information über die Volkzählung schon gleichbedeutend mit deren Boykottierung. Dies wiederum läßt den Schluß zu, daß auch maßgebliche Politiker wissen, daß der Bürger bei genügender Information sich mit der Frage des Volkzählungsboykotts auseinandersetzen muß. Daß die Befürchtungen vieler Bürger nicht unberechtigt sind, zeigt ein Schreiben des Hessischen Statistischen Landesamtes vom 22. März 1983 an die Oberbürgermeister und Bürgermeister der hessischen Gemeinden, das den GRÜNEN-FRITZLAR als Kopie zugesandt wurde. Darin heißt es unter anderem:

"Aus zahlreichen hessischen Städten und Gemeinden wird uns von Aktionen berichtet, die zum Boykott der Volkzählung aufrufen. Wie die Leiter des Statistischen Bundesamtes und der Statistischen Landesämter ausdrücklich festgestellt haben, sind solche Aktionen rechtswidrig. Sollten Sie sich damit konfrontiert sehen, so legen Sie bitte die entsprechenden Unterlagen der zuständigen Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung vor."

Damit werden also alle Bürger, die sich in irgendeiner Weise dieser Volkzählung widersetzen und somit die Boykottierung der Volkzählung einem Kriminalverbrechen gleichgestellt. Ein solches Vorgehen wäre aber ein Verstoß gegen das Volkzählungsgesetz, das bei Zuwiderhandlungen Bußgeld vorsieht, aber strafrechtliche Folgen ausschließt. Einziger Zweck eines solchen Handelns: die lückenlose Registrierung und Kriminalisierung aller potentiell kritischen Demokraten wird erreicht. DIE GRÜNEN haben den Magistrat der Stadt Fritzlär angeschrieben, um darüber Aufklärung zu erhalten, ob eventuelle Akten an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet wurden.

DAS ORWELL'SCHE JAHR 1984 RÜCKT IMMER NÄHER !!!



VERWALTUNGSGERICHT

DIE GRÜNEN-FRITZLAR haben gegen den Ablehnungsbescheid Widerspruch eingelegt und einen Antrag auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung gestellt. Das Verwaltungsgericht entschied, daß die Befürchtungen zum Boykottaufruf die völlige Versagung der Sondernutzungserlaubnis nicht rechtfertigt. "Angesichts der sonst bestehenden Möglichkeiten der Kundgabe der politischen Meinung ... erscheint es deshalb als sachgerechte Ermessenspraxis, das Aufstellen von Plakatträgern auf Zeiten eines

Wahlkampfes zu beschränken", so das Verwaltungsgericht Kassel. Durch diese Ablehnungsbegründung und der Verweis des Verwaltungsgerichts darauf, daß Ausnahmegenehmigungen möglich seien, sehen wir die Gefahr einer politischen Zensur. Der Magistrat erläuterte die Ausnahmegenehmigung für den Arbeitskreis Frieden (Plakatständer für den OSTERMARSCH 1983) damit, daß "deren Grundabsicht sich niemand widersetzen" könne. Diese Aussage in der Ablehnungsbegründung legt den Schluß nahe, daß der Magistrat von Fall zu Fall willkürlich darüber entscheidet, wessen Grundabsicht der Öffentlichkeit bekanntgemacht werden dürfe oder nicht.

DIE GRÜNEN-FRITZLAR HABEN DAHER BESCHWERDE BEIM VERWALTUNGSGERICHTSHOF EINGELEGT.



"INNENSTADT-BUSLINIE KÖNNTE ATTRAKTIVER SEIN"
GRÜNE SCHREIBEN AN DEN MAGISTRAT

Durch die Einrichtung einer "Innenstadt-Buslinie" wurde tlw. auch ein Vorschlag DER GRÜNEN-FRITZLAR in die Tat umgesetzt. In einer Stellungnahme hatten wir während der "Parkplatzdiskussion" Anfang 1982 erklärt, daß Busse zwischen den Parkplätzen der Randbezirke und der Innenstadt zum Nulltarif eingesetzt werden könnten, um so den Verkehr aus der Innenstadt zu halten.

Wir begrüßen das Projekt "Innenstadt-Buslinie", weil dadurch ein Weg in Richtung verkehrsberuhigte Innenstadt aufgezeigt wird. Die Idee einer "Innenstadt-Buslinie" kann jedoch nur dann von Erfolg sein, wenn die Bürger Verbesserungsvorschläge einreichen, um dadurch die Attraktivität dieser Buslinie zu steigern. Dem Fahrplan entnehmen wir, daß der Bus um 16.00 Uhr am "Höhenweg" hält und die nächste Station der Schlödenweg ist. Gegen 16.15 Uhr hat die Firma "Lehmann-Hosen" Dienstsluß, so daß sehr viele Beschäftigte zu Fuß bzw. mittels Individualverkehr den Weg zur Wohnung antreten. DIE GRÜNEN finden dies daher sinnvoll,

BUNDESVERFASSUNGSGERICHT

Das Bundesverfassungsgericht hat entschieden, daß die Volksbefragung auszusetzen ist, weil die Bürger in ihren Grundrechten bei Durchführung der Volkszählung verletzt werden könnten. Durch diese Entscheidung wurde deutlich wer verfassungsfeindlich gehandelt hat, nämlich diejenigen, die gegen Volkszählungskritiker mit Bußgeldbescheiden und anderen Einschüchterungsversuchen vorgingen. Es ist im übrigen sonderbar, wenn Herr Bürgermeister Koch von "läppischen Fragen" spricht (Wochenpiegel v. 14. April 1983), ausgerechnet ein Tag nachdem das Bundesverfassungsgericht diese Fragen als bedenklich eingestuft hat. Auch die Versuche der Stadt Fritzlar mittels Verbot von Informationsständen, sowie der Plakatständer gegen die Volkszählung, sind Ausdruck für rechtswidriges Handeln. Grund für diese Unterlassungen waren eindeutig die Unterdrückung von kritischen Informationen über die Volksbefragung. Durch die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts müßte



JEDEM klar geworden sein, daß es die Pflicht eines demokratischen Bürgers war, WIDERSTAND gegen das grundgesetzwidrige Volkszählungsgesetz zu leisten. DIE GRÜNEN HABEN ALS EINZIGE PARTEI GEGEN DIE VOLKSZÄHLUNG PROTESTIERT UND ZUM WIDERSTAND AUFGERUFEN!!!

wenn eine zusätzliche Haltestelle bei der Firma Lehmann eingerichtet und der Magistrat Kontakt mit der Betriebsleitung/BETRIEBSRAT aufnehmen würde, um diesen Vorschlag zu realisieren.

Ein weiterer Knackpunkt war die Ankunfts- und Rückfahrtszeit der Buslinie am Busbahnhof. Die Differenz zwischen Ankunft und Rückfahrt war zu knapp bemessen. Diesbezüglich wurde der Fahrplan abgeändert.

Rüstungsgiganten

*Sie sähten sich wohl in Sumpfe,
die Saurier zur Schachtelhalmezeit.
Da packte sie Angst und das dumpfe
Verlangen nach Wehrhaftigkeit.*

*Sie lechzten nach Stärke und fraßen
Unmengen von Kleintier und Kraut
und stülpten sich Panzer mit Maßen
von Schiffsrümpfen über die Haut.*

*Im Schutze von mächtigen Schilden
beschäftigt mit gierigem Schmaus,
vergaßen sie, Hirne zu bilden. -
Und deswegen starben sie aus.*

Karl Emmert

SPENDENKONTO: 70 483, Raiba FZ

VERANSTALTUNGEN-TERMINE-VERANSTALTUNG

Wichtig!

"GRÜNE LANDESPOLITIK"

"GRÜNE LANDESPOLITIK." Das wird das Thema einer Informationsveranstaltung am Montag, d. 2. Mai 1983 im Hotel "Deutscher Kaiser", um 20.00 Uhr sein. Hierzu haben wir die Landtagsabgeordnete DER GRÜNEN, Dorli Rauch eingeladen.

05. Mai Diskussionsabend "ÖFFENTLICHE GELÖBNISSE", Hotel "Deutscher Kaiser", 20 Uhr

Wir würden uns sehr über Ihren Besuch freuen.

MONTAG Treffen der Grünen-Fritzlar Hotel "Deutscher Kaiser", 19.30 Uhr

Donnerstag Arbeitskreis Frieden, ev. Gemeindezentrum, Gebrüder-Seibel-Ring, 19.30 Uhr

V.i.S.d.P.: DIE GRÜNEN - Fritzlar